

Rundbrief Januar I 2023

Netanjahus neue rechtsextreme religiöse Regierung Teil 1

Benjamin Netanjahu wird mit drei rechtsextremistischen Parteien, etlichen religiösen Fundamentalisten und mehreren, wie er selbst unter massiven Korruptionsvorwürfen stehenden Politikern, die neue israelische Regierung führen. Das ist als würde die AFD hier in Deutschland mitregieren. Diese Entwicklung wird in Israel und bei mit Israel befreundeten Staaten als extrem rechtslastig und Rechtsstaatlichkeit feindlich bewertet.



Karikatur: Neue Osnabrücker Zeitung, 30.12.2022

Der mehrfach verurteilte extrem religiöse Politiker **Itamar Ben Gvir** und Verbündeter Netanjahus sowie der faschistische Politiker **Bezael Smotrich** möchten die Zuständigkeit über die Sicherheit in den besetzten Gebieten übernehmen und verkünden schon lange, dass es keine besetzten, sondern nur „befreite“ Gebiete gebe.

Netanjahu und seine Koalitionäre können heute Ignoranten oder völlig Naive, die nicht wahrnehmen wollen, was Israel seit 1948 betreibt, in echtes Staunen versetzen. Die Festlegung der neuen Regierung,

"Das jüdische Volk hat ein alleiniges und unumstößliches Recht auf alle Teile des Landes Israel," bedeutet, dass der jetzige israelische Staat „grenzenlos“ ist. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile Israels voranbringen und entwickeln - in Galiläa, in der Negev-Wüste, auf den Golanhöhen und in Judäa und Samaria," das ist die Fortsetzung der israelischen Politik seit 1948, nur diesmal mit explizierter Ansage.

Israel maßt sich damit weiterhin – nicht zuletzt, weil bislang straflos einen eklatanten Bruch des Völkerrechts an. Begründet wird diese Expansion auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung mit dem Anspruch auf „alle Teile Israels“, also über die nach internationalem Verständnis akzeptierten Grenzen von 1948 hinaus.

Die neue israelische Regierung lehnt vehement und kategorisch das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ab und spricht offen von einem „Dualen Rechtssystem“, eines für die jüdische und ein anderes für die Palästinenser, wobei letzteres weiterhin von der israelischen Militärverwaltung bestimmt wird. Israel, die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ mit „moralischsten Armee der Welt“, erlaubt sich zwei unterschiedliche Rechtssysteme, ein Zustand, der in Südafrika einst allgemein als „Apartheid“ bekannt war.

- Wird die Bundesregierung die vorgesehene Expansion Israels bis zum Jordan weiterhin mittragen?
- Wird die deutsche Politik die Missachtung des Völkerrechts durch Israel stillschweigend hinnehmen und diese sogar nach israelischer Interpretation als „Selbstverteidigung“ vertreten?
- Wird die Außenministerin Frau Baerbock glaubhaft weiter verkünden können, dass die Bundesregierung an der Zweistaatenlösung festhält?

Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Herren im eigenen Haus - Von Christian Meier

Donnerstag, 29.12.2022 - Seite Eins - ZEITUNG FAZ.NET

Netanjahu hat sich für ein religiös-nationalistisches Projekt entschieden. Es fehlen Maß und Mitte. Neue Spannungen sind unausweichlich.

„Jüdischer Rassismus“ – „Jüdischer Faschismus“ – „jüdische Homophobie“: Das sind Wendungen, die nur schwer zu verdauen sind, zumal in Deutschland. Nun, da die neue israelische Regierung ins Amt kommt, wird man sie aber häufiger zu hören bekommen, und dass nicht mehr nur von Antisemiten, sondern auch von linken Israelis und liberalen Juden in anderen Ländern. Über den analytischen Wert dieser Begriffe kann man gewiss streiten. Aber sie sprechen Bände über das Ausmaß der Ablehnung, die schon jetzt zwischen der von Benjamin Netanjahu gebildeten Koalition und ihren Gegnern herrscht. Erstmals kommen Parteien und Politiker an die Macht, die noch vor kurzer Zeit als nicht salonfähig galten – sogar aus Sicht des notorisch opportunistischen Netanjahu. Der 73 Jahre alte Politiker war aber getrieben davon, zum dritten Mal seit 1996 Ministerpräsident zu werden, nicht zuletzt, um bessere Karten in einem Korruptionsprozess zu haben.

Da praktisch niemand sonst mit ihm koalieren wollte, hat Netanjahu sich Parteien zugewendet, die vor allem zwei gesellschaftliche Gruppen vertreten: ultraorthodoxe Juden und sogenannte nationalreligiöse Juden, die Orthodoxie und Zionismus verbinden. Die zweite Gruppe von Parteien steht deutlich rechts von Netanjahus Likud, und ihre ideologischen Vorstellungen übertreffen an Radikalität alles, was bislang in Israel gängig war. In den Reihen der neuen

Regierung finden sich Politiker, die Heim und Herd als den besten Ort für Frauen betrachten, die für mehr Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum eintreten, die Homosexuelle verachten, die religiöse Rechte nichtorthodoxer Juden einschränken und die das Einwanderungsrecht für Juden beschneiden wollen.

Das Justizsystem ist ihnen ein Dorn im Auge, weil das Oberste Gericht Gesetze für verfassungswidrig erklären kann. Folglich planen sie ein Gesetz, das es der Knesset ermöglicht, Einsprüche der Richter zu überstimmen. Netanjahu lässt sie gewähren, weil dies seinem eigenen Kampf gegen die vermeintlich von Linken unterwanderte Justiz dient, die seit Jahren eine „Hexenjagd“ gegen ihn betreibt. In diesem Sinn hat man auch die am Mittwoch vorgestellten Leitlinien der Regierung zu verstehen, in denen von der „Wiederherstellung der angemessenen Balance“ in der Gewaltenteilung die Rede ist: Die Entmachtung des Obersten Gerichts soll Vorrang haben.

Im Innern wie nach außen hin präsentiert sich die Regierung als religiös-nationalistisches Projekt. Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt lässt sich die Ideologie, die einige der Koalitionspartner vertreten, als militaristischer jüdischer Suprematismus charakterisieren. Allen voran betrifft das die nationalreligiösen Politiker Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir. Sie haben lange verhandelt, um sich die gewünschten Zuständigkeiten zu sichern. Nun erhält der Annexionsideologe Smotrich weitgehende Kontrolle über den Siedlungsbau, während der politische Pyromane Ben-Gvir so stark in die Arbeit der Polizei eingreifen darf wie kein Minister vor ihm. Ben-Gvirs und Smotrichs Erfolg beruht auf wenigen, simplen Parolen. Im Mittelpunkt steht die Behauptung, die Juden würden von den Palästinensern an den Rand gedrängt – in Israel, aber auch in den besetzten Gebieten. Die Juden müssten wieder „Herren im eigenen Haus“ werden. Der Besen, mit dem dieses Haus ausgekehrt werden soll, ist eisern: Terroristen umstandslos erschießen, Soldaten vor Ermittlungen schützen, gegen Menschenrechtsorganisationen vorgehen sind nur einige der Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden, um sich gegen die Übernahme durch „die Araber“ und gegen deren Unterstützer zur Wehr zu setzen, allen voran gegen die EU.

Diese Umkehrung der Realität ist charakteristisch für Ben-Gvir und Smotrich. Sie bietet zugleich einen Schlüssel zum Verständnis ihres Erfolgs. Die israelische Gesellschaft ist von tiefen Gräben durchzogen, etwa zwischen Säkularen und Religiösen oder zwischen Israelis unterschiedlicher Herkunft. Hinzu kommt das seit 55 Jahren währende Besatzungsregime: Es hat die Israelis verhärtet und macht, wie selbst Regierungsmitarbeiter hinter vorgehaltener Hand zugeben, die Gesellschaft kaputt. Die Verbindung von Populismus und Fake News wirkt in dieser Atmosphäre unwiderstehlich.

Das ideologische Programm Ben-Gvirs und Smotrichs weist einen scheinbaren Ausweg aus Problemen, die schwer zu lösen sind. Der Ansatz lässt sich auf den Namen von Ben-Gvirs Partei herunterbrechen: „Jüdische Stärke“. Ohne Maß und Mitte im Innern ist es aber ein Scheinriese, der da aufgebaut wird. Irgendwann könnten die Spannungen sich brutal entladen. Der erfahrene Politiker Netanjahu müsste das erkennen. Die Frage ist, ob er es im Streben nach Machterhalt in Kauf nimmt

Jahreshauptversammlung und Jahrestagung 2023
75 Jahre NAKBA und dann?
9. – 11. Juni 2023
Koptisch-Orthodoxes Kloster – Höxter/Brenkhausen